antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 70 Januar 2011

Wie vor 65 Jahren: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns: Erfolge hat es gebracht, aber auch Niederlagen!

Im Januar 2010 endete die Internet-Kampagne unserer VVN-BdA, wo es uns gelang, mehr als 5000 Stellungnahmen für ein NPD-Verbot zu sammeln. Mittlerweile liegen diese Stellungnahmen auch gedruckt vor, gesammelt und nach Bundesländern geordnet in einem dicken, im wahrsten Sinne des Wortes schwergewichtigen Buch!

Auch die VVN-BdA Landesvereinigung Schleswig-Holstein wird dieses Buch einigen politischen Entscheidungsträgern dieses Landes, darunter dem Innenminister Schlie und den Fraktionsvorsitzenden der im Landtag vertretenen Parteien, zukommen lassen.



Nach wie vor ist unsere Forderung aktuell: Naziorganisationen verbieten! Das gilt insbesondere für deren gefährlichste Organisation, die NPD!

Ein Erfolg im Jahr 2010 ist sicherlich auch die Neuauflage unserer Ausstellung: „Neofaschismus in Deutschland“.

Diese Ausstellung, gemeinsam verantwortet von der VVN-BdA und der Gewerkschaft Ver.di Nord, hat seit dem 8. Mai ihren Weg durch die Bundesländer begonnen. Allein im Jahre 2010 ist sie bereits an 45 Städten und Gemeinden unseres Landes gezeigt worden, darunter auch am 8. Oktober in Pinneberg, vom 1.-5. November an der Geschwister-Prenski-Gesamtschule in Lübeck, anschließend vom 10. bis 20. November im Rathaus der Stadt Lübeck und schließlich vom 22. November bis 10. Dezember in der Peter-Ustinov-Gesamtschule in Eckern-förde. (vgl. dazu auch die Artikel im Innenteil)

Fest geplant sind die Termine bereits im Rathaus der Stadt Kappeln (24. Januar - 12. Februar 2011) sowie in Schleswig, wo der Ort noch nicht feststeht. Das Interesse an dieser Ausstellung hat uns alle überrascht und natürlich auch sehr gefreut, zeigt es doch, dass viele junge und alte Menschen sich der Gefahren bewusst sind, die vom Neofaschismus ausgehen.

Aber auch das gilt es festzuhalten: Die Verstrickung unseres Landes und der Bundeswehr in den Krieg in Afghanistan wird immer massiver, bewusst geplant und gefördert insbesondere von der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien CDU, CSU und FDP.

Im Editorial unserer Bundeszeitung antifa (Sept./Okt. 2010) stellt Regina Girod fest: „Nach dem Kundus-Massaker im vergangenen September sagte eine alte Frau …: ‚Hätte ich jetzt einen Sohn, würde ich ihn nie nach Afghanistan lassen. Heute werden sie gefeiert. (…) Die Kleinen werden missbraucht und die Großen kommen ungeschoren davon. Das war schon immer so.‘

71 Jahre ist es her, dass Nazideutschland Polen überfiel. Die Meldung dazu lautete: „Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen.“ Eine Lüge. Der Überfall in Gleiwitz – eine Inszenierung. Und was war in Afghanistan? Oder im Irak? Die Mechanismen sind geblieben, ohne Propagandalügen funktioniert kein Krieg. (…) Das erste Opfer jeden Krieges ist die Wahrheit (…)!“

Wir alle erinnern uns noch an die widerwärtigen Politiker-Inszenierungen in Afghanistan, die Truppenbesuche von Frau Merkel und dem Ehepaar zu Guttenberg. Unsere Antwort darauf kann nur heißen:

Schluss mit dem Krieg in Afghanistan! Sofortiger Abzug der Bundeswehr! Wir werden bei den Aktionen der Friedensbewegung im neuen Jahr dabei sein!

Allen Antifaschistinnen und Antifaschisten in unserem Land, allen Mitstreitern im Sinne des Schwures von Buchenwald ein gutes und gesundes neues Jahr 2011 in der Hoffnung, dass es friedlicher werden möge als das vergangene Jahr!

Landesvorstand der VVN-BdA Schleswig-Holstein,
i.A. Hartmut Büchsel

Kommentar

Herrschende Parteien haben ein Akzeptanzproblem

Alljährlich wählt die Gesellschaft für deutsche Sprache ein Wort des Jahres. Es charakterisiert die jeweilige politische Lage und wie sie von der Bevölkerung wahrgenommen wird. „Wutbürger“ wurde für das Jahr 2010 ausgewählt. Knapp dahinter folgt „Stuttgart 21“. Beide Begriffe bringen die Unzufriedenheit der Deutschen mit dem politischen System zum Ausdruck. 73 Prozent beklagt nach Umfragen von „Reader's Digist“, dass sich ihr politischer Wille in den Entscheidungen der Regierenden nicht niederschlägt. In der Tat: Mehr als 70 Prozent der Deutschen sind für die sofortige Beendigung des Krieges in Afghanistan und für den Abzug der deutschen Truppen. Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken. Die Bundesregierung und die herrschenden Parteien ignorieren den Willen des Volkes und bestehen darauf, von den Wählerinnen und Wähler einen Auftrag bekommen zu haben. Ähnlich verhält sich die CDU-Regierung von Baden-Württemberg beim Verschleudern gigantischer Summen für Stuttgart 21. Die Demonstrationen Hunderttausender von den Medien als „Wutbürger“ bezeichneter Menschen in Stuttgart, Gorleben und anderswo sind Ausdruck der wachsenden Entfremdung von Volk und Regierung. Und diese Unzufriedenheit wird weiter wachsen, wenn weiter so regiert wird wie bisher.

Das wird sich auch im „Superwahljahr 2011“ zeigen, wenn Wahlen in Hamburg, Bremen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg anstehen. Es gehört keine Prophetie dazu, vorauszusagen, dass die großen Parteien weiter an Stimmen verlieren werden und die Zahl der Nichtwähler wächst. Es ist die Schuld der herrschenden politischen Parteien und die Schuld der Politiker, die ihr Heil immer mehr in der Beschneidung demokratischer Rechte und Freiheiten sehen und alles unternehmen, um die politische Achse weiter nach rechts zu verschieben. Dabei werden neofaschistische Parteien und ihr militantes Fußvolk toleriert, während Antifaschisten als „linksextremistisch“ diffamiert und mit allen repressiven Mitteln bekämpft werden. Zu dieser zunehmenden Rechtslastigkeit gehören auch Bestrebungen, eine rechtskonservative Partei zu gründen, die sich der Parolen von Sarrazin & Co bedient. Immer lauter können Hans und Franz, wie der designierte Chef des deutschen Flughafenverbandes , Christoph Blume, in der Öffentlichkeit die Einführung des so genannten „Profiling“ auf den Flughäfen fordern, das nach israelischem Vorbild die Flugpassagiere in „Risikogruppen“ einteilt, was gegen den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung verstößt.

Es ist längst an der Zeit, dass wir aktiver für den Schutz der Demokratie eintreten. Es reicht mit dem Überwachungsstaat, mit Videoüberwachung, großer Lauschangriff, Knüppeleinsatz gegen friedliche Demonstranten und Forderungen nach Einsatz der Bundeswehr im Innern, wofür man bereit ist, das Grundgesetz zum wiederholten Mal zu ändern. Fragen wir vor den Wahlen die Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien: Wie haltet ihr es mit der Demokratie, der parlamentarischen und der direkten? Und fallen wir denen in die Hände, die weiter die Axt an die Wurzeln der Demokratie legen.

Günther Wilke

Gegen Nazistrukturen in Ratzeburg und anderswo!

Ca. 150 Demonstranten fanden sich am Samstag, den 27.11. 2010 in Ratzeburg ein, um gegen die Nazistrukturen in Ratzeburg zu demonstrieren. Sie machten darauf aufmerksam, dass es nicht sein darf, dass Nazis bestimmen, wer sich wo aufhalten darf. Die Nazis hatten den Marktplatz als national befreite Zone deklariert. Das will man sich nicht gefallen lassen.

Aus Husum, Eckernförde, Kiel, Hamburg, Lübeck, Riseby und aus dem Kreisgebiet waren AntifaschistInnen angereist, um das Ansinnen der Veranstalter dieser Demonstration zu unterstützen.

Mit einem für Ratzeburger Verhältnisse außergewöhnlich großen Polizeiaufgebot wurde der Demonstrationszug begleitet.

Glücklicherweise war der Marktplatz in Ratzeburg einigermaßen belebt, sodass doch viele Einwohne-



rInnen mitbekamen, um was es geht.

Ca. 20 Antifaschisten wurden auf ihrem Heimweg von der Polizei eingekesselt und ihre Personalien abverlangt. Nachweislich war das reine Schikane, da nichts vorgefallen war.

Wir recherchieren weiter.

Der Aufruf der Veranstalter und der Redebeitrag der VVN-BdA verdeutlichen noch ausführlicher das Anliegen der Demonstranten und können bei uns abgerufen werden oder im Internet www. Kueste.vvn-bda mit Bildern.

Bernd Meimberg

Wanderausstellung in Flensburg:

Die Rote Kapelle – Widerstand gegen die NS-Herrschaft

Im Rahmen seiner Veranstaltungsreihe „Erinnern, um zu lernen – Gedenken, um zu verändern“ präsentierte der Flensburger Trägerkreis in der Zentralen Hochschulbibliothek die Wanderausstellung „Die Rote Kapelle – Widerstand gegen den Nationalsozialismus“. Dem Trägerkreis gehören verschiedene Organisationen an, wie das Evangelische Frauenwerk, Kirchenkreis Flensburg und die VVN-Bund der Antifaschisten. Zu den diesjährigen Veranstaltern gehörten auch die IG Metall, die DGB-Region Schleswig-Holstein, das Kulturbüro der Stadt Flensburg und die Zentrale Hochschulbibliothek.

Als gebürtige Kielerin interessierte ich mich für den aus Kiel stammenden Harro Schulze-Boysen, seinerzeit Mitarbeiter des Reichsluftfahrtministeriums in Berlin. Im Herbst 1942 entdeckte die Gestapo und die Abwehr die um Harro Schulze-Boysen gebildete Widerstandsgruppe. Schulze-Boysen wurde am 22.12. 1942 in Berlin- Plötzensee hingerichtet. Erst am 2.9. 1999, zu seinem 90. Geburtstag, brachte die Stadt Kiel an seinem Geburtshaus eine Gedenkplakette an. Weitere zehn Jahre später wurde dann auch ein kleiner Weg nach ihm benannt.

Den Einführungsvortrag zur Ausstellung hielt Hans Coppi, der an der Erstellung maßgeblich beteiligt war. Und wer hätte es besser machen können als er, dessen Familiengeschichte aufs engste mit der „Roten Kapelle“ verbunden ist. Seine Eltern gehörten zu den wenigen Deutschen, die es gewagt hatten, die Verbrechen, von denen viele wussten, öffentlich zu machen. Ihr mutiges Handeln mussten sie mit dem Leben bezahlen. Beide wurden wie Harro Schulze-Boysen in Plötzensee hingerichtet. Hans Coppi, der im Frauengefängnis zur Welt kam und ohne Vater und Mutter bei den Großeltern aufwuchs, hat sich intensiv mit der Geschichte der „Roten Kapelle“ beschäftigt, darüber promoviert und publiziert.

Ludwig Hecker, Vorsitzender der VVN-BdA in Flensburg sprach vor voll besetztem Raum Worte der Begrüßung. Die Ausstellung vermittelt eine neue Sicht auf die Nachkriegsgeschichte. Lange Zeit galt die Widerstandsgruppe als „umstritten“, sagte Ludwig Hecker.

Auf zehn Tafeln werden die Freundes- und Widerstandskreise vorgestellt: Frauen und Männer unterschiedlicher sozialer Herkunft mit verschiedenen politischen und weltanschaulichen Ansichten finden sich in sieben Kreisen zusammen. Ihr Widerstand gegen das NS-Regime äußert sich in vielfältigen Formen. Neben der Diskussion politischer, philosophischer und kultureller Fragen helfen die Mitglieder Verfolgten des Naziregimes, dokumentieren Gewaltverbrechen und rufen in Flugschriften zum Widerstand auf. Es entsteht eines der größten Netzwerke des deutschen Widerstands in den ersten Kriegsjahren.



Hans Coppi bei der Ausstellungseröffnung

Im Herbst 1942 verhaftet die Gestapo 120 Frauen und Männer und ordnet sie dem Ermittlungs- und Verfolgungskomplex „Rote Kapelle“ zu. 92 der Verhafteten werden vor dem Reichskriegsgericht und dem Volksgerichtshof angeklagt, 49 von ihnen zum Tode verurteilt, darunter 19 Frauen.

„Wir freuen uns, dass die Stadt Flensburg die Präsentation der Ausstellung hier im Rathaus ermöglichst hat und begrüßen unseren Stellvertretenden Stadtpräsidenten Erich Seifen“, sagte Ludwig Hecker. Erich Seifen seinerseits bedankte sich bei Hans Coppi, der seinen Vortrag rund um die Tafeln herum gestaltete. Er schilderte den Alltag der verschiedenen Kreise und die Verflechtungen untereinander. Weil es Freundeskreise waren, so Hans Coppi, gehörten auch so viele Frauen dazu.

Die Ausstellungseröffnung wurde künstlerisch von den Schauspielern Maria Seidel und Thore Lüthje begleitet. Sie lasen aus dem autobiografischen Roman von Knud Romer „Wer blinzelt aus Angst vor dem Tod (Den som blinker erbange for doden“). Eindrucksvoll trugen sie einen Absatz aus dem Buch vor, in dem die Mutter des Autors, deren erster Verlobter, Horst Heilmann, zur Roten Kapelle gehörte, sich erinnert, wie die Mitglieder der Widerstandsgruppe am 22. Dezember 1942 in Berlin-Plötzensee ermordet wurden.

Im Zug nach Kiel las ich noch in Materialen, die mir Hans Coppi über die Rote Kapelle mit auf die Rückreise gab. Dabei dachte ich auch an meinen Vater, der monatelang in Plötzensee in Einzel- und Dunkelhaft gesessen hatte. Mit 29 Jahren wurde er Moorsoldat im KZ-Lager Börgermoor und mit 41 Jahren beim „Todesmarsch“ vom KZ Flossenbürg in Richtung Norden endlich befreit. Wie jung er war, dachte ich, wurde traurig und wütend zugleich, als ich das Todesdatum von Hans Coppis Vater errechnete – er war 26 Jahre jung.

Christel Pieper

BürgerInnen nehmen Stellung zur Umbenennung des Günther Quandt Platzes in Lübeck

Am 2.11.2010 fand im Rathaus der Stadt Lübeck eine Bürgerversammlung zur Umbenennung des Quandtplatzes statt.

Die Kreisvereinigung Lübeck/Lauenburg hatte sich im Vorfeld dieser Bürgerversammlung schriftlich und teilweise auch telefonisch an die Fraktionen gewandt, um eine Umbenennung zu erreichen.

Es waren ca. 100 Bürger im Bürgerschaftssaal anwesend, davon 20 Bewohner.

Nach kurzer Einleitung des Bausenators Boden, der den zeitlichen Ablauf des Verfahrens vorstellte, setzte eine intensive Aussprache ein, an der sich ca. 30 Personen beteiligten.

Der größere Teil der RednerInnen stellte die verbrecherische Nazivergangenheit von Günther Quandt vor und sprach sich vehement für eine Umbenennung aus. Ein Vorschlag war, den Platz nach Wilhelm Krohn zu benennen, der Opfer des Naziterrors war und im KZ ermordet wurde.

Ein kleiner Teil der RednerInnen (allesamt BewohnerInnen des Quandtplatzes) beschönigte die Nazivergangenheit Quandts und plädierte für die Beibehaltung des Namens.

Die Thesen der Befürworter: „Quandt tat das, was alle Unternehmer machten nämlich Zwangsarbeiter beschäftigen – mehr nicht“, lösten bei uns anderen Entsetzen aus.

Viele RednerInnen, so auch ich, stellten klar, dass Quandt schon Ende der zwanziger Jahre die Nazipartei massiv unterstütze, also als Nazi der ersten Stunde gelten darf. Er war maßgeblich an der Aufrüstung beteiligt und ermöglichte so den Angriffskrieg 1939 zu führen. Später beutete er ZwangsarbeiterInnen in seinen Rüstungsbetrieben aus. In seiner Batteriefirma (später Varta) starben viele ZwangsarbeiterInnen, weil ihnen Schutzkleidung verweigert wurde. Durch Schlamperei (gewollt?!) wurde er nicht als Kriegsverbrecher angeklagt und brauchte nie ins Gefängnis.

In der Bundesrepublik zur Adenauerzeit machte er Karriere und hatte großen Einfluss bis zu seinem Tod 1954.

Am Ende des Abends blieb bei mir der Eindruck, dass ein weiterer Schritt zur Umbenennung des Quandtplatzes erreicht wurde.

Besonders freut mich, dass unsere VVN-Mitglieder, u.a. auch unser Kamerad Walter Hähnel maßgeblich Anteil am Zustandekommen der Umbenennung haben.

Die VVN-BdA wird sich weiterhin mit unseren Bündnispartnern darum bemühen, dass der Platz in Wilhelm Krohn-Platz umbenannt wird.

J.P. Köpsell, VVN-BdA Lübeck/Lauenburg

Aus anderer Sichtweise bekamen wir folgenden Bericht:

Von Anfang an waren die Zuhörer in zwei Lager geteilt. Nachdem die Bürgerschaft im Sommer die Umbenennung des Platzes beschlossen hatte, hatte der Bauausschuss zu dieser Infostunde eingeladen. Es wurde den Anwohnern klargemacht, es würden für sie keine zusätzlichen Kosten entstehen, doch die Mehrzahl der Anwohner des Quandtplatzes ist gegen eine Umbenennung. Ihre Begründung: Quandt wäre so ein netter Mann gewesen, der vielen Menschen nach dem Krieg Arbeit gegeben hätte. Arbeiten konnte man in den Quandt-Werken schon immer – freiwillig oder als Zwangsarbeiter unter unmenschlichsten Bedingungen.

Ute F und ich hatten den Namen Mania Altmann – das Jüngste ermordete Kind vom Bullenhuser Damm – vorgeschlagen, damit sich der Kreis Täter/Opfer wieder schließt. Eine kalte Ablehnung kam von der Seite der Quandt-Verehrer.

Die Veranstaltung wurde nach einem Eklat – der Verhöhnung der Opfer – beendet.

Wir hoffen, dass die Straßenumbenennung bis Januar erfolgen wird, man schaut auf diese Stadt.

Die Lübecker Erklärung, die die Bürgerschaft fraktionsübergreifend vor dem letzten Aufmarsch der Rechten im März verabschiedet hat, wäre sonst das Papier nicht wert, auf dem sie steht.

Ute F. und Mechthild

Neuer Trend in SH: „FPÖisierung" des Rechtsextremismus

In Schleswig-Holstein zeigt sich ein neuer Trend bei den Neonazis. Rechtsextreme versuchen sich an eine rechtspopulistische Leserschaft zu wenden. 2010 konnten aufmerksame Beobachter im Land zwischen den Meeren diesen Trend gut beobachten.

Unser Kamerad Rolf zeigte sich beim letzten Treffen des Husumer „Bündnis gegen Rechts“ (BgR) stark verärgert. Er berichtete von einer Buchhandlung in der nordfriesischen Kreisstadt, in der er Bücher entdeckt hatte, die dem rechten Spektrum zuzuordnen sind. Er sprach eine Verkäuferin darauf an, die die Beschwerde weiterleiten wollte. Auch ein anderes Bündnismitglied wollte mit einer ihm bekannten Verkäuferin sprechen. Und tatsächlich: Wenige Tage später waren die Bücher aus den Regalen der Buchhandlung verschwunden. Toll könnte man nun sagen und sich beruhigt und zufrieden zurücklehnen. Das Bündnis hat ja prima funktioniert. Doch dieses Erlebnis zeigt nicht nur, wie wichtig funktionierende Bündnisarbeit gegen Rechts ist. Vielmehr belegt es ein neues Phänomen in der rechtsextremen Szene. Experten sprechen von „FPÖisierung“ in Teilen der rechten Szene.

In Anlehnung an den bekannten, österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider meinen Experten damit den Versuch von Rechtsextremen sich mit Themen, die eindeutig aus dem rechtsextremen Diskurs kommen, auch an eine rechtspopulistische Leserschaft wenden. Allem Anschein

nach erhoffen sie sich dadurch einen breiteren Rückhalt in der Bevölkerung und somit auch bessere Chancen ihre verquerte Ideologie zu verbreiten. Um die rechtsextremen Themen auch einer rechtspopulistischen Leserschaft „verkaufen“ zu können, wird eine moderne und ansprechende Verpakkung benutzt. Doch auch die Autorenschaft spielt scheinbar eine gewichtige Rolle.

Ein gutes Beispiel ist das, seit Dezember 2009 im schleswig-holsteinischen Martensrade herausgegebene, rechte Nachrichtenmagazin „Zuerst“. Der Verleger Dietmar Munier stellte für das Magazin, nicht nur den neuen NPD-Landesvorsitzenden Jens Lütke ein, sondern auch Günther Deschner, früher bei „DIE WELT“, als Chefredakteur. Seine Mitarbeit bei „Zuerst“ sieht Deschner als Fortführung seiner bisherigen politischen Positionen: „Ich und meine Kollegen haben in der „WELT“ nicht anders geschrieben, als wir heute schreiben.“ In den 1980er Jahren gehörte Deschner der Redaktion von Nouvelle École, dem Organ der rechtsextremen französischen Organisation GRECE an.

Das Nachrichtenmagazin „Zuerst“ ist ein Bestandteil des neuen Trends in Teilen der rechten Szene, der „FPÖisierung“.

Der Grund dieses Trends ist wohl auch in den miserablen Wahlergebnissen der letzten Kommunal- und Landtagswahlen zu suchen. Die NPD in Schleswig Holstein bewegt sich weitgehend jenseits der öffentlichen Wahrnehmung. Ein Blick auf die Homepage des Landesverbandes und der sechs Kreisverbände aber zeigt, dass wichtige kommunale Themen aufgegriffen werden. Auch ist ein neues Layout eingeführt worden. Die NPD präsentiert sich auf ihrem Internetauftritt als Partei der „sozialen Kümmerer“, die die aktuelle Politik der Landesregierung vehement kritisiert. Das fällt ihr umso leichter als das Sparpaket und der Skandal um die HSH-Nordbank den Unwillen der Schleswig-Holsteiner entfacht haben. Wer hier mitschimpft, spricht automatisch vielen Wählerinnen und Wählern aus dem Herzen.

Fazit: Welche Rolle dieser neue Trend in Schleswig-Holstein, vielleicht sogar deutschlandweit spielen wird, muss die Zukunft zeigen. Keinesfalls jedoch darf er auf die leichte Schulter genommen werden. *Thomas Repp*

Ansturm auf Neofaschismus-Ausstellung in Eckernförde:

Ausstellung um eine Woche verlängert!

Das hatten die Organisatoren der VVN-BdA Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ aus dem ver.di-Bezirk Nord-Ost nicht erwartet: Trotz widriger Wetterbedingungen (Schneestürme und Unterrichtsausfall) drängten sich viele Schulklassen vor den Ausstellungstafeln, um sich über die Gefahren des Neofaschismus zu informieren. Bereits bei dem Eröffnungsabend der Ausstellung am 22. November fanden mehr als 60 interessierte Personen den Weg in die Peter-Ustinov-Gesamtschule am Rande der Stadt, darunter der Eckernförder Bürgermeister Jörg Sibbel, der ein Grußwort sprach. Auch die Bezirksgeschäftsführerin von ver.di Nordost, Ute Dirks sowie der Schulleiter der gastgebenden Schule, Dirk Söhren, betonten die Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus vor Ort. Ver.di Kollege und Ortsvorsitzender Albert Leuschner, der sich mit großem persönlichem Engagement um die Organisation der Rahmenbedingungen verdient gemacht hat, verwies in seinem Beitrag auf die Grauzone zwischen Konservatismus und Neofaschismus am Beispiel der Äußerungen von Thilo Sarrazin. Der Landesvorsitzende der VVN-BdA Hartmut Büchsel schließlich erläuterte kurz die Geschichte der Ausstellung und bedankte sich für das Engagement aller Beteiligten am Zustandekommen der Ausstellung in Eckernförde.



Rund um die Ausstellung hatten die Organisatoren ein attraktives Rahmenprogramm gestrickt, darunter mehrere Filmabende im Jugend- und Kommunikationszentrum „Das Haus“ im Stadtzentrum und eine Diskussion zum Thema „Nazi-Infostände in der Fußgängerzone – ein Normalfall?“ Hintergrund war die Tatsache, dass in den letzten Wochen die NPD und mit ihr verbündete „freie Kameradschaften“ einen solchen Infostand im Zentrum Eckernfördes durchgeführt hatten. Die antifaschistischen Stadtrundgänge, durchgeführt von Albert Leuschner, erwiesen sich als Publikumsmagnet. Fünfmal machte sich Leuschner mit älteren Menschen wie auch einer Reihe von Schulklassen auf den Weg, um mit den Teilnehmern die Orte aufzusuchen, wo an Menschen erinnert wurde, die in Eckernförde dem Naziterror zum Opfer gefallen waren, aber auch die sich ihm in den Weg gestellt und dieses mit ihrem Leben bezahlt hatten. Auf Wunsch aller Beteiligten schließlich wurde die Ausstellung, die ursprünglich vom 22. November bis zum 3. Dezember geplant war, um eine Woche verlängert, um dem Andrang vieler Schülergruppen gerecht zu werden. Das vor allem fiel auf: Viele Jugendliche aus allen Schulen und Schularten fanden den Weg in die Ausstellung, durchaus nicht nur im Rahmen ihres Unterrichtes, sondern auch in Pausen oder am Nachmittag, während ältere Menschen eher selten den Weg in das am Rande der Stadt gelegene Schulzentrum fanden.

Was bleibt, ist der Dank an die vielen Menschen aus Gewerkschaften, Politik, Schule und anderen zivilgesellschaftlichen Bereichen, die sich um Planung und Durchführung dieser Ausstellung in Eckernförde verdient gemacht haben.

Hartmut Büchsel

Friedenspolitischer Ratschlag in Kassel

Kriege beenden – Kriegsursachen bekämpfen – Armut beseitigen

Trotz Schnee und Eis kamen wieder über 300 FriedensaktivistInnen aus ganz Deutschland zu dem 17. Friedensratschlag nach Kassel. Hier trifft sich auch der Arbeitskreis Militarismus der VVN-BdA. Die neue NATO-Strategie, die Um(Auf)rüstung der Bundeswehr, der Krieg in Afghanistan, Wettlauf um den Rohstoffreichtum in der Arktis, die Rechtsentwicklung in der EU sind nur einige der 25 Themen die in den Workshops diskutiert wurden.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag Kassel, dem die VVN-BdA auch angehört ,hat ein friedenspolitisches Aktionsprogramm für 2011 beschlossen, dass für die friedenspolitische Arbeit der VVN-BdA relevant ist. Deshalb möchte ich es stark gekürzt wiedergeben:

„Die NATO soll gestärkt, die Europäische Union militarisiert und die Bundeswehr endgültig in eine Interventionsarmee transformiert werden. Dagegen regt sich Widerstand in vielen Teilen der Welt. Es besteht die Gefahr neuer Kriege, insbesondere im Nahen Osten (Iran) und im Sudan.

Friedenspolitik muss auf die Beendigung aller Kriege und auf die Verhinderung neuer Kriege dringen. Abrüstung und die Achtung des Völkerrechts sind zwei notwendige Voraussetzungen für eine andere, eine friedlichere Welt. Letztlich setzt die internationale Friedensbewegung auf eine vorausschauende, präventive Friedenspolitik, die weltweit auf Beseitigung der Konfliktursachen gerichtet ist“.

Afghanistan-Krieg beenden: Die Friedensbewegung hat sich im Sommer 2010 auf den gemeinsamen Unterschriften-Appell „Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen“ verständigt, für den weiter breit geworben wird. Die Mandatsverlängerung soll im Januar 2011 im Bundestag abgestimmt werden.

Atomwaffen abschaffen: Als deutschen Beitrag zur atomaren Abrüstung fordern wir den Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel und die Beendigung der atomaren Teilhabe im Rahmen der NATO.

Die NATO delegitimieren: Wir stellen die NATO dar, als das was sie ist: Der größte Militärpakt der Erde, dessen Mitgliedsstaaten drei Viertel der weltweiten Rüstungsausgaben auf sich vereinen, und der bereit ist, seine imperialen Interessen nicht nur in Afghanistan, sondern auch sonst in der Welt durchzusetzen. Die Friedensbewegung arbeitet weiter an der Delegitimierung der NATO mit dem Ziel ihrer Abschaffung.



Keine Interventionsarmee Bundeswehr: Die Bundeswehrreform zielt auf weltweite Interventionsfähigkeit zur Sicherung der wirtschaftlichen Interessen „Deutschlands“ ab. Die Devise lautet: Kleiner und feiner, effektiver und aggressiver! Die Bundeswehr soll gemäß dem Grundgesetz und im Einklang mit dem Gewaltverbot der UN-Charta ausschließlich der Verteidigung dienen. Darüber hinaus fordern wir die Abrüstung der Bundeswehr bis zu ihrer Abschaffung.

Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr: Die grundsätzliche Ablehnung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr gehört zum festen Bestandteil der Friedensbewegung.

Gegen die Militarisierung von Schule, Hochschule und Gesellschaft: Wir unterstützen alle Aktivitäten die darauf abzielen, die ideologische Offensive der Bundeswehr abzuwehren, die sich heute an Schulen, Messen („Karrieretreffs“), Volksfesten oder bei Gelöbnissen und Zapfenstreichen manifestiert. Wir unterstützen den Kampf der Studierenden für die Einführung von „Zivilklauseln“.

Völkerrecht einhalten und UNO demokratisieren: In der UN-Charta sind die wesentlichen Prinzipien des Völkerrechts verankert wie die Souveränität, Gleichberechtigung und territoriale Integrität der Staaten, das unbedingte Gewaltverbot sowie das Verbot sich in die inneren Angelegenheiten von Staaten einzumischen. Die UNO muss zu einem Anwalt der Schwachen werden.

Die Homepages **www.ag.friedensforschung** und **www. Kueste.vvn-bda** geben weitere Auskünfte.

Bernd Meimberg VVN-BdA Lübeck/Lauenburg

Trauer um Maria Rave

Unerwartet ist am 13. Oktober 2010 Maria Rave in Pinneberg verstorben. Sie war eine unserer Aktivsten: Vorsitzende der VVN-Gruppe Wedel und Umgebung, Mitglied des Kreisvorstands Pinneberg und des Landesvorstands der VVN-BdA Schleswig-Holstein. Eine hohe Wertschätzung erwarb sich Maria Rave in Friedens- und Antifa-Bündnissen. Ihre menschliche Wärme, die Fähigkeiten, Menschen unterschiedlicher politischer und religiösen Anschauungen zusammenzubringen, gepaart mit großem Verantwortungsbewusstsein waren vorbildlich. Wir vermissen sie schmerzlich.

Die Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland" im Lübecker Rathaus



Collage: Lore Meimberg

Es war ein aufregender Abend für das Lübecker Bündnis „Wir können sie stoppen" und die VVN-BdA im Rathaus, anlässlich der Eröffnung der Ausstellung. StudentInnen der Musikschule Lübeck beeindruckten uns alle mit ihrem Musikauftritt.

Dass nach so vielen Anfeindungen in der Vergangenheit das Bündnis diese Ausstellung im Rathaus aufstellen durfte, zeigt, dass auch die Stadt Lübeck erkannt hat, dass man aufgrund des jährlichen Naziaufmarsches einiges zur Aufklärung beitragen sollte.

So erinnerte der Innensenator Bernd Möller in seiner Rede dann auch an die Brandanschläge auf die Synagoge in Lübeck und auf das Asylbewerberheim in der Hafenstraße in Lübeck, bei dem 10 Menschen ums Leben kamen.

Ernst Heilmann von Ver.di Nord, leitete über zu den Geschehnissen, während des Hitlerfaschismus. Hier hob er hervor, dass Reichstagsabgeordnete aus dem Parlament gedrängt und verfolgt, oder, wie sein Großvater als SPD-Abgeordneter, zu Tode gefoltert wurde. Ver.di Nord hat bei der Erstellung der Ausstellung von Anfang an mitgearbeitet und die Arbeit finanziell unterstützt.

Axel Holz, Bundessprecher der VVN-BdA erklärte, dass die Ausstellung nicht Rechtsextremismus in Deutschland heißt, weil das eine Verharmlosung wäre. Rechtsextremismus suggeriert, dass es sich um einen Extremismus am rechten Rand von Parteien oder Gesellschaft handelt – dem ist nicht so. Die heutigen Nazis stehen in der Tradition des Hitlerfaschismus.

Er wies auch darauf hin, dass es Aussagen von Politikern und anderen Persönlichkeiten und Organisationen gibt, die das Gedankengut der Neonazis bewusst oder unbewusst fördern und es in die Mitte der Gesellschaft tragen. Auch solche Aussagen sind in der Ausstellung dokumentiert.

Mit 180 BesucherInnen plus 13 Schulklassen an neun Tagen sind wir zufrieden. Auffällig war, dass keine Gymnasialklassen die Ausstellung besuchten.

Mehr dazu mit Bildern im Internet www. kueste.vvn-bda.de

Die Gruppe der VVN-BdA Lübeck/Lauenburg

Wenn Neonazis marschieren, werden wir dagegen protestieren!

Wenn notwendig, auch mit einer Blockade.

Beteiligt euch an den Demos:

Am 13.2. in Dresden und am 26.3. in Lübeck!

Einladung

Antifaschistische Nordkonferenz

Freitag, den 25.2. bis Sonntag, den 27.2.2011

In der Antifaschistischen Erholungs- und Begegnungsstätte Heideruh, 21244 Buchholz /Nordheide, Ortsteil Seppensen, Ahornweg 45. Tel. 04181-8726; Fax 04181-281142; Bahnstation Buchholz. Abholdienst vom Bahnhof organisierbar.
Teilnehmerkreis: Mitglieder der VVN-BdA und Gäste

Freitag, den 25.2.2011
Anreise – lockere Gespräche am Abend in netter Atmosphäre.
18.00 Uhr: Abendessen.

Sonnabend, den 26.2.2011
Veranstalter: Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen e.V. Heideruh e.V. - Antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte Neofaschismuskommission Küste der VVN-BdA
9.30 Uhr: Begrüßung – Ablauf der Konferenz

- Konservatismus in der BRD – Gestern – heute – morgen“

Referent: Prof. Dr. Ludwig Elm, Historiker, Thüringen

- „Antimoslemischer Rassismus“

Referentin: N.N.
18.00 Uhr: Abendessen
19.00 Uhr: „Politisches und Unpolitisches – Heiteres und Nachdenkliches“, Jonny Schacht liest Gedichte von Heine, Kästner, Tucholsky und Brecht, kulturelles Abendangebot von RLS und Heideruh

Sonntag, den 27.2.2011
9. 00 Uhr: VVN-BdA der Nordländer

- Internetauftritt VVN-BdA Küste in Verbindung mit den Nordländern
- Austausch über antifaschistische Aktivitäten und neofaschistische Szene
- Verabredungen

12.00 Uhr: Mittagessen

Anmeldung Schleswig-Holstein bei Lore Meimberg bis 30.1.2011
Tel 04543 - 7107

Sponsoren dringend gesucht (jeder Euro zählt), damit möglichst viele diese Nordkonferenz besuchen können. Spenden auf VVN-BdA Kto. 4332970, BLZ:216 617 19 VR Bank Flensburg Stichwort: „Nordkonferenz 2011“

Die Unterbringung und Verpflegung der Tagungsteilnehmenden erfolgt vor Ort in der Antifaschistischen Erholungs- und Begegnungsstätte Heideruh. Die Kosten für Unterbringung und Verpflegung variieren je nach Teilnahmezeitraum:
25.2., 18.00 Uhr – 27.2., 12.00 Uhr: 90 Euro Doppel- oder Einzelzimmer wählen.
26.2., 9.30 Uhr – 27.2., 12.00 Uhr: 60 Euro, 27.2.2010 Mittag 7 Euro / Abendbrot 7 Euro
Besondere Essens- (z. B. Vegetarisch) und Unterbringungswünsche bitte rechtzeitig melden!

Mit antifaschistischen Grüßen für die Neofa-Küste Eldor Müller und Bernd Meimberg

Kontakt:

- Schleswig-Holstein: Hartmut Büchsel, Lusthof 24, 24376 Kappeln [vvn-bda-sh@t-online.de]
- Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel, [vvn-bda-kiel@gmx.de]
- Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg
- Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25, 24536 Neumünster
- Norderstedt: Karin Nieswandt, Kastanienweg 5, 22846 Norderstedt [Nieswandt-Karin@t/online.de]
- Kreis Pinneberg: Günther Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [guentherwilke@web.de]
- Wedel: Maria Rave, Dorfstr. 9a, 25495 Kummerfeld
- Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
- Rendsburg/Eckernförde: Hartmut Büchsel, Gasstr. 12, 24340 Eckernförde, [vvn-bda-sh@t-online.de]
- Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
- Dithmarschen: Klaus Looft, Bäckergang 4, 25719 Barlt
- Itzehoe: Volker Blaschke, Stormstr. 13, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
- Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]
- Ost-Holstein, Volker Rätzke: [vr.vvnbdaoh@email.de]

www.schleswig-holstein.vvn-bda.de
Neofakommission Küste: www.kueste.vvn-bda.de

V.i.S.d.P.: Marianne Wilke; Satz und Druck: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung mbH in Köln, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-21 16 58, gnn-koeln@netcologne.de

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.

☐ Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA. Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
☐ Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von .... Euro*.
☐ Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung
☐ Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.

Name: ....

Adresse: ....

....

....

....

VVN-BdA

Bitte einsenden an:

VVN-Bund der Antifaschisten e.V. - LV Schleswig-Holstein

Lindenstr. 9, 24118 Kiel, Tel.: H. Büchsel, 04351-6660805, Fax: M. Wilke, 04103-180200,
E-Mail: vvn-bda-sh@t-online.de

* Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V., VR Bank Flensburg-Schleswig e.G. BLZ 216 617 19, KNR 4332970